

C) Fragestunde

Bürgermeister Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir kommen zur Fragestunde. Es ist genau 12.30 Uhr. Und ich darf nun den Vorsitz übergeben, nein, noch nicht, pardon. Klubobmann Gemeinderat Mag. Sippel stellt die erste Frage an Herrn Stadtrat Dr. Riegler.

C.1) Frage 1: Öcalan-Infoscreen-Einschaltung durch den Ankünder

(GR KO Sippel, FPÖ an StR Riegler, ÖVP)

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Ja danke, Herr Bürgermeister! Geschätzter Herr Beteiligungs-Stadtrat in diesem Fall! Hoher Gemeinderat! Werte Zuhörer auf der Galerie! Es geht um ein bisschen eine peinliche Angelegenheit für unsere Stadt und zwar ist am 24. Oktober 2017 auf insgesamt 600 Infoscreen-Monitoren in den Linien der Stadt Graz, in den Straßenbahnen und Bussen, die Botschaft „Freiheit für Öcalan“ aufgetaucht. Es hat auch international für Irritationen gesorgt, denn man darf nicht vergessen, Öcalan, die kurdische Arbeiterpartei PKK und die Nachfolgeorganisationen werden ja von der Europäischen Union als terroristische Vereinigung eingestuft. Auch von vielen anderen Staaten. Insofern glaube ich, ist es nicht der richtige Boden hier in Graz, wenn man internationale Konflikte, Konflikte aus anderen Regionen in irgendeiner Weise hier kommentiert oder so, wie das auch immer wieder passiert, bei uns austragen lässt auf der Straße. Weil, ich gebe zu erinnern, am 18. Oktober hat es hier am Hauptplatz eine nicht angemeldete Demonstration der Organisation „Freiheit für Öcalan“ gegeben, die ja dann auch behördlich aufgelöst werden musste.

Also, auch wieder ein Grund, was die Innere Sicherheit betrifft, nicht zufriedenstellend ist, und wir dafür Sorge zu tragen haben, dass diese Konflikte nicht bei uns ausgetragen werden. Eine unverzügliche Nachfrage dann, wenn es um die Verantwortung dieser Einschaltung geht, hat ergeben, dass die Infoscreen-Austria damit nichts zu tun hat, sondern dass der Vertragspartner, die Ankünder GmbH, da anscheinend diese Geschichten eingebucht hat, weil sie da selbstständig auch diese Dinge durchführen kann. Und da gilt es ganz einfach jetzt zu erfragen: Wie ist es dazu gekommen? Und wir müssen dafür Sorge tragen, dass es in Zukunft nicht mehr passiert. Deshalb an dich, lieber Günter Riegler, die Frage: **Wie ist es dazu gekommen, dass eine solche Einschaltung überhaupt eingebucht werden konnte bzw. wie kann seitens des Ankünders künftig sichergestellt werden, dass eine derartige Einschaltung nicht mehr „durchrutschen“ kann?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadtrat Dr. Riegler:

Ja, danke, lieber Klubobmann Sippel. Die Holding Graz, und da wiederum der Ankünder, teilt dazu mit auf meine Anfrage hin, dass das im Kern, sage ich jetzt gleich ein Hoppala war, das sehr bedauerlich ist und erstmalig in der über 90-jährigen Geschichte des Außenwerbeunternehmens passiert ist, nämlich es hat im August 2017 vom Kurdistan-Infozentrum eine Anfrage betreffend Außenwerbung gegeben. Da hat es einen Termin gegeben. Es wurde dann im Oktober konkret aufgrund dieses Vorterminals ein Angebot für einen 5-Sekunden-Spot für sieben Tage gebucht, mit einer Auftragshöhe von € 1.700.

Der Auftrag wurde am 17. Oktober unterschrieben und am 18.10. die Faktura dafür gestellt. Die Firma Ankünder hat zu dem Zeitpunkt noch nicht die Einspielung sozusagen betrachten können. Die kam dann zwar am 20.10., da hat aber dann, wie hier geschrieben wird, man sich in keinster Weise Gedanken mehr darübergemacht, dass es sich um einen unerlaubten Inhalt handle, was die Geschäftsführung des Ankünder sehr bedauert. Sie schließen damit, dass sie sagen, der Spot ist bedauerlicherweise durchgerutscht. Unmittelbar, nachdem der Ankünder davon erfahren hat, wurde der Spot selbstverständlich aus dem Programm genommen. MitarbeiterInnen sind jetzt sensibilisiert worden, falls das gleich die Folgefrage ist. Was ist sozusagen das Learning daraus? Es hat eine Sensibilisierung gegeben, sprich im Kreis der Mitarbeiter wurde besprochen, wie es dazu gekommen ist und dass man in Zukunft eben auch auf diesen Aspekt achten muss. Insofern denke ich, ist diese kurze Affäre glimpflich verlaufen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Völlig zufriedenstellend geantwortet auf die Frage. Die Zusatzfrage vorweggenommen. Also, ich bitte wirklich, dass dieser Vorfall zu der Sensibilisierung beiträgt, weil ich glaube, so eine Peinlichkeit für die Stadt Graz, die sollten wir uns in Zukunft ersparen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Jetzt darf ich den Vorsitz übergeben.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.35 Uhr).

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich übernehme den Vorsitz, danke. Ich darf Herrn Klubobmann Dreisiebner herausbiten, der seine Frage dem Herrn Bürgermeister stellen wird.

C.2) Frage 2: Tiefgarage(n) am Eisernen Tor – Vorprüfung durch die Altstadt-Sachverständigenkommission und die Altstadtanwaltschaft

(GR KO Dreisiebner, Grüne an Bgm. Nagl, ÖVP)

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren Besucherinnen und Besucher! Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Als ich die Frage formuliert habe, war der Verkehrsausschuss bzw. Stadtplanungs- und Grünraumausschuss, der ja gestern getagt hat und einen mündlichen Informationsbericht zu den geplanten Tiefgaragen am Eisernen Tor mit sich gebracht hat, mit natürlich auch Fragemöglichkeit noch nicht über die Bühne gegangen. Die Frage, die sich mir stellt und konnte gestern dort auch nicht an Sie gerichtet werden, da Sie nicht anwesend waren als Referent für die Stadtplanung, Herr Bürgermeister, das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung für das Auditorium. Die Frage, die sich uns stellt, ist natürlich, dass wir in der Altstadt Schutzzone sind, dass wir im Herzen der Altstadt Graz sind, mit dem Projekt am Eisernen Tor, am Beginn der Fußgängerzone, wo wir Weltkulturerbe bzw. Altstadt Schutz nach dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz vorliegen haben.

Das Grazer Altstadterhaltungsgesetz, GAEG, aus 2008 ermöglicht laut dem § 2000, ah laut dem § 12, so lange ist es nicht das Gesetz, dass man eine Vorprüfung, eine Anfrage um Stellungnahme bei der ASVK bzw. beim Altstadtanwalt einbringen kann. Der Passus sagt, dass man dort mit entsprechenden Unterlagen, Fotos, Renderings etc., zum Objekt bei dem Grundstück bzw. bei der Umgebung vorstellig werden kann und quasi dahingehend eine Vorprüfung, ein Vorgutachten erhalten kann.

Die Frage an Sie, Herr Bürgermeister, obwohl das natürlich auch als privates Projekt großteils läuft im Moment, wir haben ja hier ganz massiven Einfluss auf öffentliches Gut, auf den Platz, auf die Begrünung, etc., auch auf Straßenbahn- und Straßenverkehrsanlagen und in dem Sinne darf ich an Sie die Frage richten: Bis wann werden Sie als zuständiger Stadtsenatsreferent für die Stadtplanung für das geplante Tiefgaragenprojekt oder die beiden Projekte am Eisernen Tor eine Vorprüfung bei der ASVK sowie beim Altstadtanwalt veranlassen?

Bis wann werden Sie als zuständiger Stadtsenatsreferent für das geplante Tiefgaragenprojekt am Eisernen Tor eine Vorprüfung bei der ASVK und beim Altstadtanwalt veranlassen? (Applaus)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Bürgermeister, bitte um die Beantwortung.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Jawohl. Geschätzter Herr Gemeinderat! Irgendwie bringen Sie mich fast auf eine Idee. Bis jetzt ist das ja ein Projekt eines privaten Bauträgers. Vielleicht wissen Sie auch, die Möglichkeit einer Voranfrage bei der ASVK steht darüber hinaus ausschließlich dem Bauwerber offen. Das heißt, wenn ich Ihren Wünschen jetzt folgen würde, sollten wir als Stadt Graz die Garage vielleicht dann selbst errichten. Auch darüber kann man darüber nachdenken. Der weisungsfreie Altstadtanwalt ist nicht Teil der ASVK. Seine Tätigkeit dient der Wahrung des öffentlichen Interesses zur Erhaltung der Grazer Altstadt. Das Grazer Altstadterhaltungsgesetz regelt im Detail die rechtliche Stellung des Altstadtanwaltes, der kommt immer, wenn ich so sagen darf, erst im zweiten Schritt, wenn er Probleme sieht, auch wirklich dann zum Tragen.

Zum Thema, was ist denn bei einer Garage überhaupt interessant für die Altstadterhaltungskommission und was kann sie beurteilen oder worüber soll sie das Gutachten erstellen, kann man bei einer Garage relativ einfach beantworten: nur die Einfahrtsgebäude, die in dem Fall an der Oberfläche stehen. Ich habe auch vom gestrigen Ausschuss gehört und bin doch einigermaßen überrascht, es hat ja gestern auch Architekt Guido Strohecker, der dieses Projekt auch dem Vizebürgermeister und mir vorgestellt hat gestern, die Möglichkeit gehabt, das Projekt im Ausschuss zu präsentieren. Er wurde dann aber, wenn ich sagen darf, nach Hause geschickt, und erst dann hat Frau Stadträtin Kahr, soweit ich das mitbekommen habe, bzw. ihre Abteilung eine Reihe von Fragen gestellt, die man wahrscheinlich auch nicht beantwortet bekommen hat gestern, weil man ja vorher den zuständigen Architekten nach Hause geschickt hat.

Aber, wie gesagt, ich kann ja noch einmal sagen, ich habe gar nicht die Möglichkeit, sehr wohl ich mit der ASVK gesprochen habe, alles was unterirdisch ist, ist nicht ein Problem der ASVK. Das Bundesdenkmalamt, mit dem wir sofort auch Kontakt aufgenommen haben, ist sogar sehr neugierig über all das, was sich unterirdisch befinden kann. Sie werden ja gestern wahrscheinlich auch Einblick bekommen haben, dass diese Garage ja nicht am alten Eisernen Tor überlegt wird, sondern eigentlich ein großes Stück weiter davor, da war, wenn ich so sagen darf, nur eine Art Kanonenbastei und könnten sich Restmauern befinden. Da ist das Bundesdenkmalamt durchaus sehr offen und möchte da gerne mit uns auch einmal in die Tiefe schauen.

Der räumliche Anwendungsbereich des GAEG erstreckt sich auf die Altstadtschutzzonen. Bei Vorhaben innerhalb dieser Zonen ist die Altstadtverträglichkeit des Vorhabens Bestandteil des Baubewilligungsverfahrens und ist daher von der ASVK zu beurteilen. Voraussetzung überhaupt für ein Baubewilligungsverfahren im Sinne des steiermärkischen Baugesetzes samt Prüfung nach dem GAEG ist allerdings der Antrag eines Bauwerbers, ein bestimmtes Bauvorhaben umsetzen zu wollen.

Und mit dem Bauansuchen ist auch der Eigentumsnachweis an der verbauenden Grundfläche zu erbringen bzw. zumindest die Zustimmung des Eigentümers, das wäre in dem Fall die Stadt Graz, nachzuweisen, falls der Bauwerber nicht ohnehin selbst Eigentümer ist. Ohne Nachweis des Eigentums bzw. Zustimmung des Grundeigentümers ist die Erteilung einer Baubewilligung rechtswidrig und daher nicht möglich. Gegebenenfalls ebenfalls erforderlich ist der Nachweis des Baurechts an dem für die Bebauung vorgesehen Grundstück. Das haben wir ja, da sind wir noch weit weg davon, weil wir gesagt haben, stellen wir das Projekt einmal vor, diskutieren wir es in Ruhe und es gibt ja heute noch, soweit ich das mitbekommen habe, genügend Gelegenheit, zum Thema Garage Stellung zu nehmen. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ja, die gibt es. Zum einen mag ich mich jetzt da nicht irgendwie involvieren, wenn Sie, Herr Bürgermeister und die Frau Stadträtin Kahr, da unter Umständen verschiedene Auffassungen haben, wie der Ausschuss gestern abgelaufen ist, oder was da alles passieren hätte sollen. Da gibt es natürlich verschiedenste Blickpunkte und wir haben auch unseren Blickpunkt auf das Thema. Aber wie gesagt, das ist ja nicht Gegenstand der Verhandlung und meiner Frage. Ja, ich habe damit gerechnet, dass Sie mir die Antwort geben, dass nur der Eigentümer in dem Sinn etwas tun kann bzw. der, der das nachweisen kann. Jetzt haben wir aber genau das Problem, dass dieser Herr Strohecker, der Name ist ja schon gefallen, nicht Eigentümer ist und folglich auch nicht dementsprechend aktiv werden kann, und die Stadt im Eigentum sagt, wir sind aber nicht die, die es betreiben wollen oder im Moment noch das tun, sondern wir würden, unter Umständen, das öffentliche Gut zur Verfügung stellen.

Jetzt können wir uns hinter diesen Paragraphen und hinter diesen Dingen verstecken. Ich frage es einmal so: Sind Sie bereit, hier die Schritte zu setzen, dass man natürlich nur die in die Stadtfläche hineinragenden oberirdischen Gebäude oder Zufahrtsgeschichten und so weiter und so fort, das dementsprechend über die Altstadt-Sachverständigenkommission vorprüfen zu lassen bzw. den Bauwerber oder den Interessenten zu unterstützen, das zu tun? *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Bürgermeister, wenn die Frage klar war, bitte um die Beantwortung.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, noch einmal: Ich kann maximal mit jemandem, der einmal die Möglichkeit bekommt, dort zu bauen, weil vorher wäre es verlorener Aufwand, ja. Also, wir können uns darüber gerne unterhalten. Man kann Guido Strohecker ersuchen, eine Voranfrage zu stellen. Dann müsste er aber auch, wenn ich jetzt nach den Paragraphen vorgehe und das ist auch meine Verpflichtung, auch dafür sorgen, dass er unter Umständen die Möglichkeit bekommt, dort zu bauen, das erfordert dann einen Baurechtsvertrag. Und mehr kann ich Ihnen dazu heute nicht sagen. Ich kann keine Voranfrage stellen. Ich habe mit der ASVK gesprochen, auch mit der Vorsitzenden, die wir alle gut kennen und wir haben klar die Antwort bekommen, dass sie sich ein solches Projekt dann auch anschauen würden. Ich habe aber auch noch einmal nachgefragt, wo hört der Einflussbereich der ASVK auf? Die Bodenoberfläche, sprich die Bodengestaltung, die Auswahl des Materials ist noch ein Thema für die ASVK und eventuelle Einfahrtsgebäude, die man aber, wie gesagt, auch mit der ASVK wunderbar abstimmen kann. Also, ich würde einmal da kein Problem drin sehen, die Probleme, die ich bei der Errichtung einer solchen Garage überhaupt noch orten kann, sind eher verkehrlicher Natur, dass es zu keinem Rückstau etc. kommt. Aber das kann man sich dann genau noch anschauen, von der ASVK und vom Bundesdenkmalamt erwarte ich eigentlich keine großen Probleme. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.45 Uhr).

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, danke vielmals. Jetzt kommen wir zur dritten Frage. Klubobmann Gemeinderat Ehmman fragt Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio betreffend Wohnungsleerstands-Erhebung.

C.3) Frage 3: Wohnungsleerstands-Erhebung

(GR KO Ehmman, SPÖ an StR Eustacchio, FPÖ)

Gemeinderat Klubobmann Ehmman:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Herr Vizebürgermeister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat! Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Zuseherinnen und Zuseher! Dass Angebot die Nachfrage regelt, ist bekannt oder bzw. regelt bekanntlich den Preis. Das gilt leider, muss man auch sagen, in der derzeitigen Wohnsituation vor allem in Graz. Leistbarer Wohnraum ist Mangelware. Die Mietkosten schnellen, wie auch zuletzt eine AK-Studie ergeben hat, deutlich in die Höhe, sukzessive in die Höhe. Und dies eben auch, weil nicht ausreichender oder ausreichend leistbarer Wohnraum am Markt ist. Diesen Wohnungsmangel mit Wohnbauprogrammen, Wohnbauoffensiven zu begehen, ist löblich und gut, aber, glaube ich, wird momentan und auch kurzfristig keine Verbesserung bringen oder nicht ausreichen.

Denn Neubau und Ausbau heißt natürlich auch, dass wir zusätzlich verdichten müssen, Grünflächen verlieren, Erholungsraum etc., etc. Und, auch entsprechende Infrastruktur dazu finanzieren müssen. Mindest ebenso wichtig sind daher in Hinblick auf ein zukunftsorientiertes Sachprogramm Wohnen geeignete Maßnahmen, beispielsweise zumindest einmal analytisch zu erheben, über was sprechen wir da. Gibt es hier konkrete Zahlen, oder kommen wir hier zu konkreten Zahlen? Denn über Größenordnung zu rätseln, ist nicht ausreichend. Hier liegen eben konkrete Fakten noch nicht am Tisch. Daher die Frage an dich, Herr Vizebürgermeister: **Wann wirst du initiativ werden und eine Wohnungs-Leerstandserhebung für Graz in Angriff nehmen?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke für die Frage. Herr Vizebürgermeister.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Herr Klubobmann, nachdem du zuvor ja keinen wirklichen Motivenbericht übermittelt hast, war mir eigentlich die Frage nicht ganz klar, wohin deine Frage abzielt. Ich kann dir nur eines mitteilen: Das Amt auf der einen Seite und Wohnen Graz auf der anderen ist sicher nicht dazu da, um auf dem privaten Markt Leerstands-Ermittlungen vorzunehmen. Das liegt nicht in unserer Aufgabe. Wir nehmen unsere Aufgaben sehr ernst, versuchen diese geplanten Wohnungen, die wir uns vorgenommen haben, also 500 sind ja in der Agenda 22 umzusetzen. Wir sind da auf einem sehr guten Kurs, auf einer guten Schiene und das werden wir abarbeiten. Wir sind auch sehr froh, dass es einen Privatmarkt gibt. Ist, glaube ich, schon sehr oft angesprochen worden, dass dieser Bedarf, den wir in Graz haben, ohne die privaten Investoren, die privaten Anbieter gar nicht möglich gewesen wäre. Also, bitte uns unsere Aufgabe machen lassen und andere Damen und Herren ihre wirtschaftliche Kompetenz abrufen und abfragen. Aber hier sehen wir keine Zuständigkeit. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Gemeinderat, gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Ja, es gibt eine Zusatzfrage. Und zwar: Inwieweit wärest du dann bereit, politisch hier vorzugehen, denn die Stadt Salzburg hat ja diese Leerstands-Erhebung durchgeführt und ist draufgekommen, dass 4.500 Wohnungen dort leer stehen. Und ich bringe schon ausdrücklich oder ich möchte stark zum Ausdruck bringen, dass es mir oder unserer Fraktion, und ich glaube auch allen Fraktionen, hier überfraktionell gesehen, nicht darum geht, ob die Mitzi-Hetti-Tant´ in der Janzgasse 10 wohnt und eine Schwester hat, sondern es geht darum, dass wir sagen: Wie viele Wohnungen stehen tatsächlich leer? Um Angebote, um Anreize möglicherweise schaffen zu können. Hier, die Vermieter/Vermieterin, die möglichen Vermieter/Vermieterin dazu zu bringen, auch ihren Leerstand zu begrenzen oder zu reduzieren und Angebot und Nachfrage hier angleichen zu können. Und daher wäre meine Frage, inwieweit du bereit bist, hier politisch einzuwirken, dass man sagt, man könnte das über die Energie steuern. Nämlich, da gibt es eine Berechnung in etwa mit 3.000 kWh im Jahr, das ist ein Durchschnittsverbrauch und ungefähr bei dem Leerstand geht man von ca. 200 kWh pro Jahr aus. Und das wäre durchaus ein Ansatz. Wie weit wärest du da bereit, darüber nachzudenken? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Vizebürgermeister, bitte um die Antwort.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Nachdenken darf man über alles, man muss nur auch die rechtlichen Möglichkeiten dazu haben und die sehe ich hier nicht gegeben und auch in Salzburg hat das Ergebnis ja nicht das gebracht, wohin man wollte. Also, ich sehe hier keinen Bedarf und werde auch dahingehend nicht weiter tätig werden. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Der Nächste ist Herr Gemeinderat Swatek. Er fragt Herrn Stadtrat Dr. Riegler.

C.4) Frage 4: Postenschacherei Universalmuseum Joanneum

(GR Swatek, Neos an StR Riegler, ÖVP)

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Sehr geehrter Herr Dr. Stadtrat Riegler! In den letzten Wochen fiel die Steirische Kulturlandschaft seitens der Politik ja leider öfter medial negativ auf, trotz einem die Vergabe der Kulturamtsleitung der Stadt Graz, aufgrund dessen die Kunstpreisjury der Stadt Graz zurückgetreten ist, das diskutieren wir heute noch. Und zum anderen im Bereich des Universalmuseums Joanneum, die Ausschreibung der dortigen Geschäftsführung in Form einer Doppelspitze, die in Zukunft nicht künstlerische und wissenschaftliche Agenden unterliegend hat, sondern wissenschaftliche und kaufmännische. Da ist in diesem Bereich seitens den Medien öfter auch berichtet worden, dass es sich hierbei um Postenschacherei handelt und es sich um einen schwarz-roten Deal handelt auf Landtagsebene.

Ich zitiere aus der Kleinen Zeitung am 19.10. „...stand aber auch die kaufmännische Geschäftsführung angeblich schon lange vor dem Hearing fest. Es ist die Ex-SPÖ-Kultursprecherin im Landtag Alexia Getzinger. Ursprünglich sollte sie nach halber Legislatur-Periode der Volkspartei Landesschulratspräsidentin Elisabeth Meixner ablösen, die will nun aber bis 2018 Bildungsdirektorin werden und für die ausgebildete Kulturmanagerin Getzinger gab es einen Deal zwischen SPÖ und ÖVP, was die rote Doppelspitze im Universalmuseum erst möglich machte.“

Jetzt ist es so, dass nicht nur das Land Steiermark Eigentümer des Universalmuseums ist, sondern auch die Stadt Graz mit 15 Prozent beteiligt ist. Und meiner Meinung nach ist es daher auch die Aufgabe der Stadt Graz, sich darum zu kümmern, dass das Universalmuseum Joanneum negativ nicht in den Medien auffällt, mit solchen Vorwürfen. Und daher frage ich Sie: **Welche Maßnahmen und Schritte wurden seitens der Stadt Graz gesetzt, um ein faires Auswahlverfahren zur Besetzung der Doppelspitze im Universalmuseum Joanneum ohne Postenschacherei zu ermöglichen?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadtrat Dr. Riegler:

Danke, Herr Swatek. Das gibt mir die Gelegenheit, in diesem Rahmen auch kurz ein paar Worte dazu zu sagen, weil das ja öfter schon in der Zeitung war, und nichts, was Sie jetzt vorgelesen haben, war jetzt sensationell neu. Zunächst einmal möchte ich Ihnen erklären, dass in der Universalmuseum Joanneum GmbH es bekanntlich so ist, dass die Stadt Graz seit der Schaffung des Kunsthauses 15 % Gesellschaftsanteile hat und das Land 85 %. Und das Land auch den ganz erheblich wesentlich überwiegenden Teil der Zuschüsse leistet, um eben den Betrieb von Schloss Eggenberg, Alte Galerie, Neue Galerie etc., aufrecht zu erhalten. Daher ist es auch, glaube ich, guter Stil, dass man dem Mehrheitsgesellschafter ganz sicher nicht in die Parade fährt, wenn, was hier der Fall ist, alles völlig nach den Buchstaben des Gesetzes, der Objektivierungsrichtlinien, der Beteiligungsverordnung des Landes erfolgt ist.

Wie Sie wissen, hat die Bestellung von Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführungsfunktionen in einer GmbH in Österreich nach dem Stellenbesetzungsgesetz durchgeführt zu werden. Zum Stellenbesetzungsgesetz gibt es natürlich auch Verordnungen des Landes. Aufgrund dieser Vorschriften wurden beide Positionen, kaufmännische und wissenschaftliche Geschäftsführung, in der Zeitung öffentlich publiziert. In Form von Ausschreibungen habe ich höchstpersönlich kontrolliert. Es sind für die Position, kaufmännische, sechs Bewerbungen eingegangen, die Analyse der Unterlagen führten durch Berater und Hearing-Kommission zu einer Auswahl von je drei KandidatInnen, die diese Voraussetzungen erfüllten. Drei Kandidaten erfüllten die Kriterien nicht in vollem Umfang.

Es wurde bei der wissenschaftlichen Geschäftsführung gleichermaßen vorgegangen. Ich kürze es ab. Es zog dann ein Kandidat sich zurück. Somit verblieben für die wissenschaftliche Geschäftsführung zwei Kandidaten. Die Hearing-Kommission setzte sich aus einer Reihe von ganz hervorragenden Persönlichkeiten zusammen, die ich jetzt gar nicht alle verlesen möchte. Das Hearing fand dann zweitägig statt und in beiden Hearings hat es einen Mehrheitsbeschluss gegeben. Ich habe keinen Anlass zu glauben, dass diese Liste an honorigen Persönlichkeiten, die hier die Hearing-Kommission gebildet haben, eine unsachliche Entscheidung getroffen hätte. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Swatek, BSc.:

Ja. Vorweg, dass Sie ein Zitat aus einem Kleine-Zeitungs-Artikel vom 19.10. nicht als sensationelle Neuigkeit betrachten, ist, glaube ich, selbstverständlich. Es gibt nicht nur einen rechtlichen Schaden und nicht immer nur finanzielle Schäden, sondern es gibt auch Imageschäden, die sich dann finanziell auswirken können und Vorwürfe oder Postenschacherei oder so oft negative mediale Berichterstattung tragen sicher nicht zum guten Image des Universalmuseums bei. Und daher ist meine Frage, ob Sie glauben, dass es Leute in Zukunft ins Museum treiben wird, wenn die Berichterstattung so negativ ausfällt? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat Dr. Riegler:

Auch dazu vielleicht eine klare Antwort. Es wird dann im Museum einen dichten Besuch geben, wenn es ein attraktives Programm gibt, was ganz sicherlich für das Allermeiste, was im Universalmuseum Joanneum dargeboten wird, ich verweise auch auf das Museum für Geschichte und andere, wenn es dort ein gutes Programm gibt. Was wir uns natürlich auch hoffen, gerade weil wir als Stadt Graz ja Standort von vielen Museen sind, mit Ausnahme von Trautenfels und Stainz, sodass es also in unserem ureigensten Interesse liegen muss, dass wir im guten Austausch mit der Geschäftsführung des UMJ (*Anmerkung der Schriftleitung: UMJ = Universalmuseum Joanneum*) selbstverständlich darauf drängen werden, für eine möglichst attraktive Bespielung zu sorgen. Und da bin ich der Erste, der sich darum bemühen wird. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Die nächste Frage richtet Herr Gemeinderat Pogner an die Frau Stadträtin Kahr.

C.5) Frage 5: Beschilderung der Zufahrt in die Fußgängerzone Landhausgasse/Schmiedgasse (GR Pogner, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

Gemeinderat Pogner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Herr Vizebürgermeister! Hohe Stadtregierung!
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ja, meine Anfrage ist auch nicht ganz neu. Sie ist in etwa fünf Monate alt. Vor fünf Monaten, nämlich am 29. Juni, habe ich dich gefragt, ob du bereit bist, die Fußgängerzonen-Beschilderung Landhausgasse/Ecke Schmiedgasse so anbringen zu lassen, dass die Verkehrsteilnehmer dort nicht mehr in die Falle tappen.

Denn, wenn man dann das Fußgängerzonenschild zu spät sieht, dann ist man schon drinnen in der Fußgängerzone und dort gibt es dann den Radarkasten und dann werden die Leute fotografiert und beim Ausfahren steht dann auch noch die Polizei jetzt in der Zwischenzeit dort und empfängt die Herrschaften und die Damen, die da verkehrt gefahren sind und sich wieder hinausbewegen und haben dann schon das Organstrafmandat in der Hand und drücken es ihnen dann einfach nur bei der Fensterscheibe quasi hinein und sagen, na, ihr wart da immerhin jetzt in einer Fußgängerzone und das heißt bezahlen.

Ja, fünf Monate ist das her und du hast damals gesagt, es ist dir auch schon aufgefallen, dass es da Schwierigkeiten gibt mit dieser Beschilderung bzw. dass da Verkehrsteilnehmer quasi in die Falle gelockt werden und wie gesagt, fünf Monate, und es ist nichts passiert. Zumindest optisch nichts passiert, denn das Verkehrsschild ist noch immer so, wie es damals gestanden ist. Also, eine Erhöhung oder eine Versetzung des Verkehrszeichens konnte man zumindest augenscheinlich noch nicht feststellen.

Und es ist nach wie vor so, dass Verkehrsteilnehmer, die in Richtung zur Schmiedgasse fahren, dieses Verkehrsschild einfach viel zu spät sehen und dann eben in den Bereich einfahren, wo dann eben schon die Fußgängerzone beginnt. Daher meine Frage, ob du bereit bist, mit Nachdruck deine Aussage und deine Zusage vom Juni zu erfüllen und dort die Fußgängerzonen-Beschilderung so einrichten lässt, dass sie von den Verkehrsteilnehmern zeitgerecht gesehen wird? Unter Umständen auch so, dass man sagen kann, das Verkehrszeichen wird um 30 Meter an den Schnittpunkt zur Raubergasse nach vor versetzt, mit dem Hinweis „Beginn der Fußgängerzone in 30 Metern“, damit der Verkehrsteilnehmer die Möglichkeit hat, dort rechtzeitig auch abzubiegen.

Bist du bereit, die von dir bereits angekündigten Maßnahmen betreffend die Zufahrt zur Fußgängerzone im Bereich Landhausgasse/Schmiedgasse mit entsprechendem Nachdruck anzuordnen, damit Verkehrsteilnehmer nicht das Gefühl bekommen, durch diese Beschilderung in die „Falle des Abzockens“ zu geraten?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Ja, sehr geehrter Herr Gemeinderat! Alles, was Sie im Motivenbericht beschrieben haben, stimmt. Und selbstverständlich stehe ich auch zu dieser Aussage von damals und erfreulicherweise, und das ist vielleicht ein Zufall, oder wie auch immer, auf jeden Fall braucht es den Nachdruck nicht, weil diese Tafel seit gestern angebracht ist, genau auch mit dem Hinweis, von dir gewünscht, dass in 18 Meter...

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Kahr:

...also es sind keine 30 Meter, es sind genau 18 Meter. Und wie gesagt, es ist gut so, dass es jetzt umgesetzt worden ist und ich freue mich, das dir heute auch so sagen zu können. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Der Herr Gemeinderat hat noch eine Zusatzfrage.

Gemeinderat Pogner:

Naja, ergibt sich ganz einfach. Danke einmal dafür, dass das mit der Tafel geregelt ist. Die Zusatzfrage ist aus der Situation dort generell, wenn man sich das anschaut, die Schmiedgasse, Landhausgasse, Raubergasse, jetzt war da eine Zeitlang eine Baustelle, da hat man müssen durch die Landhausgasse wieder zurückhinausfahren zur Neutorgasse. Und das hat sich eigentlich ganz gut bewährt, um dort zum Beispiel den Verkehr generell ein wenig zu entflechten und wieder zu erleichtern, wäre das auch eine Möglichkeit, dass man zum Beispiel hergeht und sagt, man macht die Landhausgasse wieder in beide Richtungen auf, damit es für die Verkehrsteilnehmer auch wieder leichter ist, wieder hinauszufinden. Damit man zum Beispiel in der Raubergasse nicht so einen Stau zusammenbringt.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Da ersuche ich dich jetzt, mich nicht beim Wort zu nehmen. Und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Ich habe das das letzte Mal schon gesagt, dass ich es oft nicht für klug halte, wenn man schnell eine Verordnung beschließt, wie es erfolgt ist bei der Fußgängerzone und dann sich eigentlich nicht darum in weiter Folge gekümmert hat, was die Ausgestaltung betrifft, auch nicht die nötigen Mittel reserviert hat.

Weil, eigentlich wäre es gescheit gewesen, die Mittel zu reservieren, auch was die Gestaltung der Fußgängerzone betrifft und sozusagen mit der Verordnung das alles in einem umzusetzen. So passieren jetzt die Sachen Zug um Zug. Nächstes Jahr wird die Umsetzung der Fußgängerzone erfolgen, weil die Mittel jetzt hoffentlich dann auch bereitgestellt werden, und diese Ausgestaltung wird ja in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt erfolgen. Und im Zuge dessen sind aus meiner Sicht einige andere Punkte auch noch offen, die man bedenken muss. Nicht nur, was du jetzt hier angesprochen hast, sondern es ist aus meiner Sicht noch immer auch die Lösung mit den Taxis nicht glücklich.

Es geht auch um diese Behindertenparkplätze, was ja auch der Wunsch war von Behindertenverbänden. Die sind jetzt im Nachhinein erfolgt. Auch ein zusätzlicher Parkplatz. Dann auch die Situierung der Einmotorigen an diesem Ort war gewünscht. Gleichzeitig aber auch von Gewerbetreibenden sozusagen, dass man vor ihnen sozusagen keinen Fahrradständer haben möchte. Also, irgendwo muss man einen Kompromiss finden. Der ist ja auch gefasst worden einstimmig eigentlich in dem Haus. Jetzt im Nachhinein alles durcheinanderzuwürfeln, halte ich nicht für geeignet und ich warne auch davor vor weiteren Überlegungen, weil da gibt es auch schon Wünsche von Gastgärten und so weiter und so fort, die jetzt Ausweitungen in der Landhausgasse und da muss ich sagen, also da werde ich auch dem einstimmigen Beschluss im Bezirksrat folgen, dies nicht zu machen. Das sage ich schon vorab. Aber diesen Punkt werden wir uns noch zusätzlich anschauen. Ja. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin Mag. Taberhofer fragt Herrn Stadtrat Hohensinner betreffend der Winternotschlafstelle.

C.6) Frage 6: Winternotschlafstelle 2017/18 (GRⁱⁿ Taberhofer, KPÖ an StR Hohensinner, ÖVP)

Gemeinderätin Mag.^a Taberhofer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Der Kronen Zeitung vom 04. November war zu entnehmen, dass eben die bisherige Winter-Notschlafstelle der Caritas in der Keplerstraße mit ca. 50-60 Betten wegen Sanierungsarbeiten ab diesem Winter nicht mehr zur Verfügung steht. Und die geplante Einrichtung einer neuen Notschlafstelle unter dem St.-Lukas-Kindergarten am Eggenberger Gürtel kann jedoch wegen eines ausständigen Baubescheids möglicherweise nicht für diesen Winter umgesetzt werden und könnte eben erst in der kalten Jahreszeit 2018/19 erfolgen. Letztes Jahr nächtigten in der Winternotschlafstelle laut Caritas von November bis April 233 Männer, 60 Frauen und 31 Kinder. Und jetzt haben wir eben schon fast Ende November und es gibt noch keine Möglichkeit, außer den ständig ausgelasteten Dauereinrichtungen Arche 38, FranzisCa und Schlupfhaus, um eben zu übernachten. Deshalb stelle ich jetzt folgende Frage: Wo können Menschen, die eben obdachlos sind, ab sofort, also mit Ausnahme der genannten drei Einrichtungen, übernachten? (*Applaus*)

Wo können Menschen, die obdachlos sind, ab sofort - mit Ausnahme der Arche 38, dem FranzisCa und dem Schlupfhaus - übernachten?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Frau Gemeinderätin Taberhofer, liebe Uli! Heute zitieren wir eigentlich öfters Zeitungen. Vielleicht probieren wir es das nächste Mal so, dass du einfach anrufst, dann kann ich dir über einen kurzen Weg eine klare Antwort geben. Aber zu deiner Frage: Frieren darf und soll in Graz niemand.

Deshalb wird es auch heuer natürlich eine Winterschlafstelle geben, aber nicht in der Keplerstraße. Das war eine Entscheidung der Caritas. Und ja, die Winternotschlafstelle in der Pfarre St. Lukas ist voraussichtlich ab nächsten Jahr ein Thema. Für diese Möglichkeit fehlt derzeit der Baubescheid. Daher wird es diesen Winter die Winternotschlafstelle in Form eines zusätzlichen Containerdorfes am Hofgelände der Arche 38 am Eggenberger Gürtel geben. Die voraussichtliche Inbetriebnahme wird am 27.11.2017, das ist nämlich wirklich Ende November, jetzt haben wir den 26., erfolgen und bis Mitte April 2018 in Betrieb sein.

Wir werden dort die gesamte Anzahl an Betten, die wir in den letzten Jahren in der Keplerstraße hatten, auch unterbringen können. Zielgruppe: erwachsene Einzelpersonen, Frauen mit Kindern bzw. Familien. Wir haben diesbezüglich alle Hausaufgaben erledigt, dass wir am 27.11. starten können. Eine Aufgabe ist noch zu erledigen. Die liegt aber nicht bei uns, sondern bei deiner Kollegin Stadträtin Elke Kahr, nämlich, dass wir eine Genehmigung bekommen, dass wir die Container einstellen können. Aber ich bin mir sicher, dass du auch gemeinsam mit der Frau Stadträtin diese Genehmigung sicherstellen kannst, damit wir am 27.11. auch wirklich starten können.

Aber auch konkret zu deiner Frage, wie viele Notschlafbetten wir haben bzw. jetzt noch zur Verfügung stehen. Insgesamt in der Steiermark gibt es 880 Notschlafbetten im weiteren Sinn. Das heißt, da sind auch die Heime dabei. Aber insgesamt von den 880 sind in Graz 850. Das ist sowieso ein Problem. Das werden wir auch bei einer Fachtagung im Dezember thematisieren, wo du hoffentlich auch teilnehmen wirst. Im eigentlichen Sinn „Notschlafbetten“ haben wir in Graz, wenn man die Caritas- und Vinzi-Betten zusammenzählt, 279. Und davon haben wir jetzt derzeit noch 20 Betten frei.

Ich habe auch vorgeschlagen, dass wir ein Warnsystem einrichten. Das heißt, wenn 90/95 % der Betten ausgelastet sind, dass wir das auch gemeldet bekommen, dass wir dann einen Notfall-Plan loslösen können. Da hat sich die Caritas auch bereit erklärt, sowas zu entwickeln bzw. diesen Winter auch schon umzusetzen. Darüber hinaus gibt es in Wien auch ein Kälte-Telefon. Das ist heuer das erste Mal in Betrieb gegangen. Mir gefällt diese Idee sehr gut, dass Bürger einfach ein bisschen mitschauen, Mitverantwortung übernehmen, wenn Personen frieren, wenn das ersichtlich ist, dass man bei dieser Telefonnummer anrufen kann und dass dann auch eine Hilfe geschickt wird.

Also, du siehst, wir thematisieren diese Sache und schauen auch, dass wir das bestehende Modell weiterentwickeln und noch einmal abschließend: Bei uns darf und soll niemand frieren in Graz. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Mag.^a Taberhofer:

Vorerst einmal danke für die gesetzten Maßnahmen und meine Zusatzfrage, also ich sehe natürlich schnelles Reagieren in Form dieses Containerdorfes als ganz wichtig, damit niemand frieren kann. Meine Zusatzfrage ist die: Ich weiß, seit Jahren ist es geplant, das Haus in der Keplerstraße zu sanieren. Wäre es nicht früher vielleicht auch möglich gewesen, aktiv zu werden und schon Alternativen zu suchen, damit jetzt nicht auf einen ausständigen Baubescheid gewartet werden muss, und man quasi ein richtiges Quartier wie geplant hätte? Ich weiß, was wäre wenn ist immer schwierig, aber das hätte ich mir gewünscht, dass man da schneller auch reagiert auf die Situation. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat bitte.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Also, das erste Gespräch, wo mich die Caritas informiert hat, dass die Keplerstraße schließt, da war meine erste Frage, ist es sichergestellt, dass wir im Herbst, im November, auch eine Alternative bereitstellen können? Und die Caritas hat gesagt: Ja, es gibt Bauabwicklungen, Bauverfahren. Und da ist es so, dass die Anrainer auch eingeladen werden, eine Stellung abzugeben und da haben Anrainer auch die Möglichkeit, Einsprüche zu erheben. Und die Caritas geht jetzt davon aus, dass Anrainer Einsprüche erheben. Somit ist das für diesen Winter einmal gelaufen. Aber noch einmal, es ist wichtig, dass wir Betten bereitstellen und mir war es wichtig, nicht nur ein paar Betten, sondern für mich war immer oberstes Ziel, mindestens gleich viele Betten wie im letzten Jahr bereitzustellen und das werden wir am 27. November sicherstellen.

(Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nächste Frage bekommt Herr Stadtrat Krotzer. Fragestellerin ist Frau Gemeinderätin Mag. Schleicher, die ich ans Rednerpult bitte.

C.7) Frage 7: Versorgung im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie (GRⁱⁿ Schleicher, FPÖ an StR Krotzer, KPÖ)

Gemeinderätin Mag. Schleicher:

Hoher Gemeinderat! Werte Gäste! Sehr geehrter Herr Stadtrat! In meiner Frage geht es um die Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Schaut man sich die aktuellen Zahlen an, ergeben sich, gelinde gesagt, ziemliche Defizite. Laut einer Untersuchung der MedUni Wien bräuchten in Österreich 100.000 Kinder und Jugendliche psychiatrische Behandlung. 100.000, die Zahl finde ich ziemlich erschreckend.

Zu den Defiziten: Österreichweit gibt es nur ein Viertel der Kassenstellen, die benötigt würden. Es gibt nur halb so viel Kapazität in den Krankenhäusern und in den Ambulanzen, die benötigt würden. Momentan gibt es nur 204 Fachärzte in diesem Bereich, obwohl bis zu 350 benötigt würden. Besonders schlimm bei diesen Defiziten finde ich die fehlenden Kassenstellen. In der gesamten Steiermark, und demnach auch bei uns in Graz, gibt es keine einzige Kassenstelle im Bereich in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Schlimm ist es deshalb, weil vor allem sozial schwache bzw. sozial schwächer gestellte Familien sich die Behandlung oder Therapie bei einem Privatarzt natürlich schlichtweg nicht leisten können.

2016 hat die Gemeinderatskollegin Heinrichs dazu einen dringlichen Antrag gestellt, der hier einstimmig angenommen wurde. Es handelte sich um eine Petition ans Land und deshalb meine Frage an Sie, sehr geehrter Herr Gesundheitsstadtrat: **Wie ist das Ergebnis der Umsetzung dieses Antrags aus Sicht des Gesundheitsamtes zu beurteilen?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Liebe Frau Gemeinderätin, herzlichen Dank für die Anfrage, die zeitlich besser fast gar nicht passen könnte, als dass gestern am Vormittag die Eröffnung gewesen ist von KiJuPlü. KiJuPlü steht für Psychosoziale Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche in der Plüddemangasse 45, die jetzt den Betrieb aufgenommen hat und wo weiters, ebenfalls in der Plüddemangasse 45, ein Ambulatorium für Kinder- und Jugendpsychiatrie dort im Bewilligungsverfahren ist. Dort gibt es leider noch das Problem, dass die Ärztekammer Einspruch erhoben hat. Aber ich hoffe, dass das dennoch bald dann zur Umsetzung auch gelangen kann.

Allem, was du im Motivenbericht geschildert hast, dem kann ich nur zustimmen. Auch das, wo die Elke Heinrichs dankenswerterweise auch im Herbst letzten Jahres schon die Initiative gesetzt hat, wo vom Land in der Beantwortung ja auch genau schon darauf hingewiesen wird, dass das kommen wird. Das ist eben gestern offiziell auch eröffnet worden und in dem Sinne, glaube ich, ohne es abgesprochen zu haben, aber ich glaube, durchaus die Einladung mir auszusprechen trauen, dass man sich das auch anschauen kann in der Plüddemangasse 45, wie das aussieht.

Es ist gestern auch eine Reihe von, wie das bei so Eröffnungen immer passiert, eine Reihe von Reden, die es gegeben hat, und man war sich eigentlich einig, dass das nur ein erster Schritt sein kann. Ein wichtiger Schritt, aber eben nur ein erster Schritt und ich darf den Herrn Mag. Günter Klug, den Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung der seelischen Gesundheit, zitieren, der gestern auch davon gesprochen hat, dass sich alle Proponenten einig sind, hier weitere Schritte zu setzen. Ich glaube, in dem Sinne sollten wir auch als Gemeinderat der Stadt Graz und als Stadt Graz auch darauf drängen, dass es hier eben zu diesen weiteren Schritten kommt. Und, dass wir in dem Bereich weiterkommen. Also, das ist jetzt einmal das, was in der Plüddemangasse 45 passiert. Gleichzeitig darf ich auch noch darauf hinweisen, dass im Regionalen Strukturplan 2025 vorgesehen ist die Aufstockung der Bettenstation in der Abteilung der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie im Landeskrankenhaus Graz Süd-West, Standort Süd. Also, so wie das LSF jetzt neuerdings sehr klingend heißt. Und dort ist eben vorgesehen die Aufstockung der Bettenstation von jetzt 33 plus 8 Tagesklinikbetten, von 33 plus 8 auf 84, die eben hier passiert. All das sind eben, wie gesagt, nur erste kleine Schritte, aber dennoch sehr wichtige und ja, ich darf in dem Sinne auch darauf, also auch noch einmal bedanken für den Antrag und auch die Anfrage und ja, es ist in Zeiten wie diesen enorm wichtig, dass etwas passiert.

Wir wissen oftmals auch um die Verschränkung psychischer Erkrankungen, auch bei Kindern und Jugendlichen, und Armut in den Haushalten. Und dass es natürlich insbesondere hier auch Kassenstellen braucht, damit eben auch diejenigen, die nicht das nötige Kleingeld haben, die fachärztliche Behandlung in Anspruch zu nehmen, dass auch die die Möglichkeit haben und in Zeiten, wo wir mit psychischen Krankheiten, auch Abhängigkeiten von sozialen Medien, Alkohol, Nikotin und Drogensucht und deren Opfer immer jünger werden, dürfen wir da nicht lockerlassen. In dem Sinne, glaube ich, können wir auch sagen, dass wir da weitergehen und, dass Sie auch als Vorsitzende des Gesundheitsausschusses und ich als Gesundheitsstadtrat, dass man auch auf die nächste Bundesregierung dahingehend wirkt, dass in dem Bereich weitere Anstrengungen unternommen werden. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage?

Gemeinderätin Mag. Schleicher:

Ja. Einmal danke für die Beantwortung. Das sind ja sehr positive Schritte, die da schon gesetzt werden. Dieses KiJuPlü in der Plüddemangasse, ich habe da die Stellungnahme vom Land, wo ja die Stadt Graz zweimal explizit eben erwähnt ist. Einmal mit diesem multi-professionellen Team, das ja bereits 2017 kommen sollte. Ist das jetzt diese...?

Zwischenruf unverständlich.

Gemeinderätin Mag. Schleicher:

Ist eben das.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Eine Facharzt-Stelle und fünf nicht-ärztliche Mitarbeiter.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Mag. Schleicher:

Also, das war die Zusatzfrage.

Unverständliche Zwischenrufe.

Gemeinderätin Mag. Schleicher:

...noch weiter engagieren sollen und dass Sie als Stadtrat der zweitgrößten Stadt Österreichs vielleicht in Ihrem Rahmen/Ihrer Möglichkeiten da noch engagieren müssen. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat, gibt es noch eine Antwort dazu?

Stadtrat Mag. Krotzer:

Ja. Also, das kann ich auf jeden Fall zusichern, dass wir da auch nicht lockerlassen und wie gesagt, vielleicht auch in Zusammenarbeit mit Ihnen auch als Gesundheitsausschussvorsitzende. Vielleicht ist der, wie soll man sagen, der parteipolitische Draht zur neuen Bundesregierung vielleicht da auch näher, sozusagen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Ich darf den Vorsitz übergeben.

Vorsitzwechsel (13.18 Uhr) – Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich übernehme den Vorsitz und die Frau Gemeinderätin ist schon da. Bitte.

C.8) Frage 8: Positive Auswirkungen auf die Innenstadt – Handel durch SUP?

(GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner, Grüne an Bgm. Nagl, ÖVP)

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Genau. Damit vielleicht noch eine Frage drankommt. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Gäste auf der Galerie! In meiner Frage geht es auch um die Tiefgarage am Eisernen Tor. Nämlich, um, mit Fragezeichen, positive Auswirkungen auf den Innenstadthandel durch Smart Urban Park. In der Broschüre mit den sieben Benefits des SUP-Systems heißt es: *„Durch die Schaffung dieser autonomen Stellplätze finden sich Antworten sowohl für die Attraktivierung der Geschäftszonen der Innenstadt wie auch die Entlastung der innerstädtischen Parkraumnot.“*

Auch Sie, Herr Bürgermeister, haben medial die Meinung vertreten, dass die Realisierung einer Tiefgarage am Eisernen Tor zu einer Belebung des Innenstadthandels führen würde. Und diese Aussage widerspricht, meiner Meinung nach, allerdings fundierten Studien. Ich habe ein paar Publikationen aufgelistet, zum Beispiel „Radfahren und Einkaufen“ der Wirtschaftskammer Österreich. Es sagt, dass FußgeherInnen und RadfahrerInnen die besten KundInnen sind. Im Vergleich: In der Steiermark kaufen RadfahrerInnen an 173 Tagen pro Jahr und PKW-FahrerInnen nur an 105 Tagen pro Jahr ein. Und pro ein Prozent höherem Radanteil können 0,2 Prozent Umsatzpotentiale im örtlichen Handel realisiert werden.

Eine Broschüre des Landes Steiermark, ebenfalls gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, zeigt auch an Zahlen deutlich, dass das, was FußgängerInnen und RadfahrerInnen ausgeben, deutlich höher ist als AutofahrerInnen.

Es wirkt also so, als würde der Herr DI Strohecker nicht wie er gestern gesagt hat, zukunftsweisend agieren, sondern als würde er eine alte Doktrin vertreten und mit ihm auch Sie, Herr Bürgermeister. Ich stelle daher an Sie seitens der Grünen folgende Frage: Auf welchen Studien, Daten und Fakten basieren Ihre Aussagen, dass die Errichtung einer Tiefgarage am Eisernen Tor positive Auswirkungen für den Innenstadt-Handel hätte?

Auf welchen Studien, Daten und Fakten basieren Ihre Aussagen, dass die Errichtung einer Tiefgarage am Eisernen Tor positive Auswirkungen auf den Innenstadt-Handel hätte? (Applaus)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Herr Bürgermeister, bitte um die Beantwortung.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich bin Ihnen, Frau Gemeinderätin, wirklich dankbar, dass wir das einmal fachlich diskutieren und dass Sie jetzt auch Studien zitieren. Ich werde das auch gleich tun. Als Grazer Bürgermeister stützte ich meine Aussagen und Beobachtungen auf Erhebungen und Studien, die sich auf Graz und unseren Ballungsraum beziehen. Zu dem baue ich auf Beobachtungen und Erfahrungen der Handelstreibenden in Graz, mit welchen ich im regen Austausch stehe.

Und das Dritte ist, der liebe Gott hat mir auch noch zwei Augen gegeben, um zu beobachten, auch persönlich zu beobachten, was sich denn da auch in unserer Stadt in puncto Handelslandschaft abspielt und tut. Wir haben weniger Mitarbeiter, wir haben in den innerstädtischen Flächen extremen Leerstand und wissen gar nicht, wie wir ihn füllen sollen.

Wir haben weniger BewohnerInnen oder auch in manchen Teilen weniger BewohnerInnen-Zuwachs als in anderen Lagen. Wir stellen fest, dass die Einkaufszentren immer größer werden, keine Leerstands-Probleme im Großteil aufweisen. Die Parkplätze dort voll sind. Dass das Thema Elektro-Mobilität langsam schwierig wird, weil wir zu wenig Ladestationen haben. Das ist ja auch an dieser Garage vom Herrn Strohecker was ganz Besonderes. Und dass der Parkplatz-Suchverkehr letzten Endes auch in der Landeshauptstadt Graz zunimmt.

Wer also gerne die Menschen mit dem Auto weiter auf die Reise schicken will, kann das gerne tun. Vorab möchte ich aber betonen, dass ich nicht auf eine von Ihnen offenbar gewünschte Polarisierung Auto versus Radfahrer versus Fußgänger in der Grazer Innenstadt einsteigen werde, weil ich auch um den Wert aller Personen weiß, die in die Innenstadt kommen mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mit Bus und Straßenbahn. In Graz gibt es glücklicherweise ein positives Miteinander für alle Nutzergruppen des öffentlichen Raumes. Und wenn wir die Autos unter die Erde bringen, haben wir im Übrigen auch bessere Nutzungsmöglichkeiten für und mit dem öffentlichen Raum. Betonen möchte ich aber, dass für den lokalen Handel die Erreichbarkeit von höchster Relevanz ist. Und das ist auch das Auto. Insbesondere, wenn es um größere Einkäufe geht. Eben ist es dann ein ganz zentraler Player. Zu diesem Zweck müssen wir moderne Infrastruktur zur Verfügung stellen, auch um diesen Parkplatz-Suchverkehr zu minimieren.

Und jetzt zwei konkrete Beispiele zu Erhebungen, die ich in jüngster Vergangenheit jetzt auch gemacht habe. Das erste ist die Studie „Transportmittelwahl“ der derzeitigen Kaufkunden in der Grazer Altstadt/Innenstadt aus dem Jahr 2012 von Mag. Claudia Brandstätter GmbH, bei welcher im Besonderen folgende Beobachtungen festzuhalten sind:

1. Es kommt auf das Motiv des Innenstadt-Besuches an. Wenn die Befragten einkaufen wollen oder Dienstleistungen konsumieren, ist das Auto von hoher Bedeutung. Geht es um Gastronomie und Bummeln, greift man gerne auf Fahrrad, ÖV zurück oder geht zu Fuß.

2. Hinsichtlich des Ausgabeverhaltens wurden für Graz folgende Werte, im Schnitt, für den Kaufbesucher erhoben:

Ein Pkw-Lenker gibt nahezu € 100 aus, das sind € 95,7. Ein Pkw-Mitfahrer € 89,2. Jemand, der den öffentlichen Verkehr benutzt, im Schnitt € 57,3, also schon fast die Hälfte. Der zu Fuß geht € 64,6. Und wer mit dem Fahrrad kommt, leider nur € 38,2. Ich denke, das spricht eine deutliche Sprache und wie gesagt, ich greife hier auf Zahlen zurück, die aktiv gerade in Graz und in unserer Innenstadt erhoben wurden.

Zur Einzelhandels-Strukturanalyse Graz 2017, das ist die aktuellste Studie, die wir haben. Die möchte ich auch hier zitieren im Gemeinderat, von Dr. Stefan Holl, Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung, welche ich erst im Oktober im Rathaus präsentieren durfte. Hier wurden unterschiedlichste relevante Aspekte für den Grazer Handel beleuchtet, hinsichtlich des Innenstadtaspektes Parken durch die Verbraucher setzt sich die negative Bewertung, trotz Anstrengungen, leider auch '17 fort. Aus Verbrauchersicht ist das Parkplatzangebot knapp und der mit Abstand am kritischsten gesehene zu verbessernde Faktor.

Die Seniorenfreundlichkeit bekommt eine Note von knapp 2, Kinderfreundlichkeit auch, Angebot und Veranstaltung liegt auch zwischen 2 und 3, Dienstleistungen fast in dem Einserbereich. Auch die Atmosphäre, Sicherheit 2,2, Sauberkeit 2,3. Aber kaum kommt es zu den Parkmöglichkeiten, bekommen wir als Bewertung der Menschen hier bei uns ein klares Genügend. Und dieses klare Genügend sollte auch eine Vertreterin, die in der Wirtschaftskammer ist, nachdenklich machen. Ich freue mich, weil im Jänner werden wir auch in der Wirtschaftskammer dazu eine große Veranstaltung machen. Sie sind dann herzlichst eingeladen, aber ich würde schon vorschlagen, dass auch die grüne Fraktion über Innovationen, über Arbeitsplätze, über die Möglichkeit, in der Stadt zu wohnen, nachdenkt, bevor sie gleich mit dem Nein-Geschrei beginnt, weil die Menschen, die mit dem Auto einkaufen wollen, fahren im Moment mit dem Auto viel weiter hinaus und verursachen letzten Endes in unserer Region noch viel mehr Feinstaub und letzten Endes auch Stau. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Ja. Zuerst einmal möchte ich das zurückweisen, dass ich verschiedene Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausspiele und Sie, Herr Bürgermeister, wissen ganz genau, dass wir gemeinsam auch aktiv waren, was Seiersberg betrifft und Einkaufszentren. Also, so ist das nicht, ja, dass mir das egal ist und dass ich das nicht sehe und das möchte ich auch richtigstellen, ja. Und ich habe eine Zusatzfrage, nämlich, ob Sie bereit sind, vor einem allfälligen Gemeinderatsbeschluss diese Daten, die Sie jetzt präsentiert haben, auch in einem Gemeinderatsbericht zusammenzustellen und zu präsentieren bzw. auch vielleicht mit aktuellen Vergleichsdaten zum Einkaufsverhalten von FußgängerInnen, RadfahrerInnen und Pkw-FahrerInnen zu ergänzen. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Bürgermeister, bitte.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, liebend gern. Die Studien sind ja auch alle öffentlich, aber die bringen wir, für den Fall, dass es also zu einer Beschlussfassung hier im Gemeinderat kommt, sicherlich gerne mit ein.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Gemeinderätin Marak-Fischer stellt ihre Frage an den Herrn Bürgermeister.
Bitte.

C.9) Frage 9: HistorikerInnenkommission

(GRⁱⁿ Marak-Fischer, SPÖ an Bgm. Nagl, ÖVP)

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Im Jahr 2014 hat die Medien eine Diskussion sehr stark geprägt und zwar, dass in Graz doch einige Straßen nach Personen, vor allem Männern, man kann es eigentlich mit Männern auch bezeichnen, benannt sind, die historisch durchaus umstritten sind. Die teilweise mit dem Nationalsozialismus in Zusammenhang standen, teilweise auch vor dem Ersten Weltkrieg als Kriegstreiber, wie Conrad von Hötzendorf bezeichnet werden kann.

Als durchaus salomonische Lösung wurde damals die Einrichtung einer Historikerinnen- und Historiker-Kommission im Gemeinderat, an dieser Stelle hier, beschlossen und im Juli 2014 wurde auch ein Budget für diese Kommission mit, und ich lasse mir das auf der Zunge zergehen, € 175.000 beschlossen, das in Form einer Förderung an die Karl-Franzens-Universität und das Ludwig-Boltzmann-Institut ging mit dem Ziel, alle Straßen- und Platz-Namen in unserer Stadt von dieser Kommission untersuchen zu lassen, um dann einen Bericht hier an dieser Stelle wieder vorzulegen, damit dem Gemeinderat dann zur weiteren Diskussion und Entscheidung auch Fakten darlegen, wie man weiter mit diesem Thema umgehen soll.

Mittlerweile sind dreieinhalb Jahre verstrichen, die Ergebnisse liegen noch nicht einmal in Form irgendeines Zwischenergebnisses vor und ich glaube, man darf an dieser Stelle schon die Frage stellen, was passiert ist mit dieser Kommission? Und wann Ergebnisse vorzulegen haben? Speziell auch im Hintergrund dessen, dass nächstes Jahr, im Jahr 2018, ein wichtiges Gedenkjahr stattfindet, einerseits, wenn man an den März denkt und den sogenannten Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland und ebenfalls natürlich ein positives Gedenkjahr im Herbst, wenn man daran denkt, dass die Republik ausgerufen wurde und der Erste Weltkrieg beendet wurde. Das heißt, 2018 ist natürlich ein wichtiges Gedenkjahr aus historischer Sicht. Einerseits dem negativen Erlebnis im März und dann aber auch das positive Erlebnis im Herbst und daher darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Frage stellen: **Werden die Ergebnisse der HistorikerInnenkommission betreffend die Benennung der Grazer Straßen, Plätze und Parks derart zeitgerecht vorliegen, dass sie in die Programmplanung für das Gedenk- und Bedenkjahr 2018 einfließen können?** (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Bürgermeister, bitte um die Antwort.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin, die Arbeiten der ExpertInnen-Kommission Straßennamen an sich sind abgeschlossen. Es ist ein umfangreiches Werk, das wir demnächst dann präsentiert bekommen werden. Derzeit werden allerdings noch die finalen Arbeiten am Endbericht vorgenommen. Da gehört nicht nur das Korrekturlesen, sondern auch ein paar andere Dinge noch dazu. Es war doch eine breit aufgestellte, und vom Gemeinderat gab es auch, wenn ich so sagen darf, entsandte Persönlichkeiten, die sich jetzt dann auf Textierungen geeinigt haben, und das alles sehr gewissenhaft untersucht haben. Leider ist der Vorsitzendes auch verunfallt und kann im Moment nicht schreiben, aber das spielt noch eine kleine Rolle. Wir liegen da durchaus im Zeitplan, weil es war vorgesehen, dass jetzt im November die Kommission erste Ergebnisse liefern sollte. Es verzögert sich um ein paar Wochen. Aber Anfang nächsten Jahres werden wir dann uns auch gemeinsam die Ergebnisse der Experten-Kommission anschauen. Ich kann gleich dazu sagen, es wird ein ganz, ganz dicker Band werden, weil ja sämtliche Straßenzüge auch beleuchtet werden, die wir in Graz haben. Inwiefern die Planungen für das Gedenk- und Bedenkjahr '18 noch Rücksicht auf den Endbericht nehmen können, lässt sich vor diesem Hintergrund jetzt nicht abschließend beantworten. Ich möchte aber dazusagen, dass wir uns gut vorbereitet haben für dieses besondere Jahr und dass wir uns explizit vorgenommen haben, diese wissenschaftliche Aufarbeitung sämtlicher personenbezogener Straßen- und Platznamen jetzt einmal zu machen. Der verantwortungsvolle Umgang ist wichtig.

Wir haben diese Kommission nicht gestartet, um im Gedenkjahr daraus in irgendeiner Form auch ein Projekt zu machen. Ich nehme an, dass es gut ist, dass es auch im Gedenkjahr fertig werden wird. Wir haben uns sehr gut vorbereitet und in der Landeshauptstadt Graz wird, so wie auch im Rest Österreichs, einiges beigetragen werden, damit wir an all die von Ihnen genannten Termine auch erinnern und zurückblicken können. Ich bin sicher, dass das wahrscheinlich schon in den ersten zwei oder drei Monaten dann die Diskussion im Gemeinderat ermöglicht. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Ja. Meine Zusatzfrage bezieht sich auf das Letzte, was Sie gesagt haben. Das heißt, in welcher Form soll das dann politisch diskutiert werden? Wird es im Gemeinderat eingebracht? Also in welcher Form sozusagen wird dann die weitere politische Be- und Verarbeitung dieser Ergebnisse auch von Ihnen gestaltet oder ermöglicht werden? *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte um die Antwort.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, mir war es eben vor einigen Jahren wichtig, einmal zu sagen, es flammt die Debatte immer wieder auf. Nehmen wir das Wiener Beispiel. Arbeiten wir einfach die ganze Stadt durch. Nehmen wir uns da aber auch die Zeit, suchen wir uns die Experten. Ergebnis, nehme ich an, wird im Jänner, späten Jänner, vorliegen. Und dann werde ich einmal alle Fraktionen auch einladen, wie wir damit umgehen. Es wird ja auch abhängig davon sein, welche Ergebnisse da sind und welche Maßnahmen wir dann ableiten können.

Wir haben immer debattiert darüber, sollen dann unter Umständen Straßennahmen überhaupt neu bestellt werden; wollen wir Zusatztafeln anbringen; wie gehen wir um, auch ein bisschen nach dem Wiener Vorbild? Und ich nehme an, dass die Kommission, die Experten, uns da auch Vorschläge machen werden. Aber ich kenne die Detailergebnisse auch noch nicht. Aber ich denke mir, es wäre gescheit, wenn wir, alle Fraktionen, dann darüber diskutieren. Und irgendwann im Gemeinderat auch die Beschlussfassungen letzten Endes machen, die notwendig sind. Weil, sollte es zu einer Umbenennung kommen oder auch zum Beschluss, Tafeln dort oder da anzubringen, dann ist das auch mit einem finanziellen Aufwand verbunden. Das muss dann sowieso in ein Gremium, ob dann der Stadtsenat reicht oder wir damit, viel besser, gleich in den Gemeinderat gehen, möchte ich da auch gleich anmerken. Also, ich glaube, es ist gescheiter, das im Gemeinderat ein für alle Mal zu behandeln.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Danke. Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

Vorsitzwechsel (13.35 Uhr) – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Die Fragestunde ist vorüber.